

# HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2021 / Ausgabe 152 - 21. Dezember 2021



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,**

**LIEBE FREUNDE,**

**Neuanfang.** Die CDU Basis hat sich in der Mitgliederbefragung mit überwältigender Mehrheit für Friedrich Merz als neuen Parteivorsitzenden ausgesprochen. Gut 62 Prozent stimmten für Merz.

---

*„Der CDU-Bundesparteitag im Januar 2022 ist nun in der Pflicht, dieses unumstößliche Votum zu formalisieren. Friedrich Merz ist der richtige Mann für die Erneuerung der CDU.“*

---

**Ausblick.** Seit 2014 bin ich Mitglied im Wirtschaftsausschuss. Dort werde ich auch in dieser Legislaturperiode mitarbeiten. Meinen Themen bleibe ich dabei ebenso treu. Das betrifft vor allem den so wichtigen Bereich Bürokratieabbau. Wiedergewählt wurde ich auch als Vorsitzender der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt, eine der größten interfraktionellen Gruppen mit weit über hundert Mitgliedern. Mein Engagement für Taiwan werde ich auch aufrechterhalten. Die Parlamentariergruppen werden allerdings erst im kommenden Jahr formal konstituiert.

**Anspruch.** Im Bundestag haben wir nun die Weichen für vier Jahre Oppositionspolitik gestellt. Unser Hauptaugenmerk gilt jetzt zwei großen Bereichen: Erstens werden wir uns konstruktiv-kritisch mit den Vorhaben der links-gelben Regierung auseinandersetzen. Als größte Oppositionsfraktion freuen wir uns auf klare, aber faire Debatten auf Augenhöhe. Zweitens werden wir eigene Themen setzen und Konzepte entwickeln, die unsere Vorstellung von einer guten Zukunft für unser Land definieren.

## IN DIESER AUSGABE

*Neuanfang*

*Links-gelbe Agenda*

*Impfkampagne*

*2G-Regelungen in der Gastronomie*

*Weihnachtsgruß*

### Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73124  
Fax: (030) 227 76124  
[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)  
[www.klaus-peter-willsch.de](http://www.klaus-peter-willsch.de)

### Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Hirsenstr. 13  
65329 Hohenstein  
Tel.: (06120) 91 00 51  
Fax: (06120) 91 00 52  
[klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de)



## NEUANFANG

Die Bundestagswahl 2021 war eine Zäsur und ein Tiefpunkt für die CDU. Jetzt stellen wir uns neu auf: personell, inhaltlich und organisatorisch. Die CDU Basis hat sich in der Mitgliederbefragung mit überwältigender Mehrheit für Friedrich Merz als neuen Parteivorsitzenden ausgesprochen. 62 Prozent stimmten im ersten Wahlgang für Merz. Das ist eine klare absolute Mehrheit, ein weiterer Wahlgang erübrigt sich! Knapp eine Viertelmillion, also etwa zwei Drittel aller CDU-Mitglieder, haben abgestimmt. Ein herzliches Dankeschön für diese starke Beteiligung! Das Ergebnis ist ein deutliches Signal für einen inhaltlichen wie personellen Neuanfang. Der CDU-Bundesparteitag im Januar ist nun in der Pflicht, dieses unumstößliche Votum formal zu bestätigen. Friedrich Merz ist der richtige Mann für die Erneuerung der CDU. Diese kann nach meinem Dafürhalten nur mit einer Rückbesinnung auf jene Werte gelingen, für die die CDU jahrzehntelang stand und die in den letzten Jahren leider immer weiter verblasst sind: Innere und äußere Sicherheit und marktwirtschaftlicher Sachverstand, Subsidiarität und Solidarität, Freiheit in Verantwortung - alles auf Basis unseres christlichen Wertefundaments. Ich gratuliere Friedrich Merz sehr herzlich und freue mich auf die künftige Zusammenarbeit!

Seit Anfang Dezember haben wir eine neue Bundesregierung mit Olaf Scholz als Kanzler an der Spitze. Die Union hat auf den Oppositionsbänken Platz genommen. Das fühlt sich noch sehr ungewohnt an. Aber bevor man Fehler bei anderen

sucht, sollte man zunächst einmal einen Blick in den Spiegel werfen. Das tun wir.

Ich selbst bin Teil einer Gruppe von etwa 50 CDU-Politikern, die das Wahldesaster aufarbeiten soll. Nach einer gemeinsamen Auftakttagung wurden drei Arbeitsgruppen gegründet:

A: „Botschaften, Inhalte, Themen: Warum CDU wählen?“

B: „Schlussfolgerungen für künftige Kampagnen“

C: „Mitgliederbeteiligung und CDU in der Fläche“

Ich bin Teil der Arbeitsgruppe A, beschäftige mich also damit, wofür die Union heute (noch) steht. Die Leitung der AG hat Prof. Dr. Mario Voigt inne. Voigt ist CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Thüringen und mir gleich nach der Bundestagswahl mit einigen guten Äußerungen in den Medien aufgefallen. „Wenn das tägliche Leben teurer wird, Lehrer fehlen und die Internetverbindung lahm, sorgen sich die Menschen in unseren Dörfern und Kleinstädten weit mehr um grundlegendere Fragen als um die Transformation zu einem klimaneutralen Industrieland. Doch wer die Dörfer und kleinen Städte verliert, verliert das Land“, sagte Voigt zum Beispiel.

Genau auf diese Punkte wies ich auch immer wieder intern und extern im Wahlkampf hin. Denn wir haben im europäischen Vergleich die teuersten Strompreise. Das ist nicht nur ein Wettbewerbsnachteil, sondern geht auch Otto-Normalbürgern ans Geld. Die Baukosten steigen. Die Benzin- und Heizkosten ebenso. Der Traum von den eigenen

vier Wänden wird in weite Ferne rücken, wenn wir nicht auf Innovation und Fortschritt setzen, anstatt auf Verbote und Strafpfeile. Der Großteil der Menschen in Deutschland wohnt in Städten und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern. Aus dieser Perspektive müssen wir die Zukunft angehen. Deutschland ist nicht nur großstädtischer Kiez, sondern vor allen auch Kleinstadt und Dorf.

Ich hatte Sie im November um Mithilfe gebeten. Gerne wollte ich von Ihnen wissen, was die Union Ihrer Meinung nach falsch gemacht hat. Ich hatte zwar mit einer Menge an Rückläufern gerechnet, von der Quantität und Qualität der Rückmeldungen war ich dann aber doch überrascht. Ich danke Ihnen von ganzen Herzen für die vielen, teils schonungslos offenen Nachrichten. So muss es sein. Heuchelei würde uns in dieser Situation auch keinen Millimeter weiter nach vorne bringen. Die nächste AG-Sitzung findet kurz vor Weihnachten statt. Ich halte Sie auf dem Laufenden.

## LINKS-GELBE AGENDA

Im Bundestag haben wir nun die Weichen für vier Jahre Oppositionspolitik gestellt. Unser Hauptaugenmerk gilt jetzt zwei großen Bereichen: Erstens werden wir uns konstruktiv-kritisch mit den Vorhaben der links-gelben Regierung auseinandersetzen. Als größte Oppositionsfraktion freuen wir uns auf klare, aber faire Debatten auf Augenhöhe. Zweitens werden wir eigene Themen setzen und Konzepte entwickeln, die unsere Vorstellung von einer guten Zukunft für unser Land definieren.

Das ist auch bitter nötig. Denn bereits bei ihrem ersten großen Vorhaben biegt die neue Bundesregierung falsch ab. Die große Koalition hatte (Corona-bedingt) für 2021 eine Nettokreditaufnahme von bis zu 240 Milliarden Euro beschlossen. Bisher wurden davon 180 Milliarden Euro zielgerichtet zur Pandemiebekämpfung in Anspruch genommen. 60 Milliarden Euro bleiben noch offen. Diese werden aktuell nicht zur Bekämpfung der Corona-Pandemie benötigt. Der Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts 2021 zeigt auf, wie teuer die vorgebliche Einigkeit der Ampel-Koalition erkaufte worden ist. Kreditemächtigungen für die Corona-Pandemie werden zweckentfremdet, um viele teure Versprechen zu finanzieren – ohne Rücksicht auf die Rechte zukünftiger Generationen und verfassungsrechtliche Grundsätze. Insgesamt 60 Mrd. Euro sollen in einem Fonds zwischengeparkt werden.

Das sind 60 Milliarden Euro, die von unseren Kindern und Enkeln in der Zukunft nicht zurückgezahlt werden müssten. Statt entsprechend weniger Schulden zu machen, erhöht die Regierung mit der Verschiebung von 60 Milliarden Euro ihren finanziellen Spielraum zu Lasten nachkommender Generationen erheblich.

Wir sehen dies als verfassungswidrig an. Unser Fraktionschef Ralph Brinkhaus und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt haben deshalb bereits angekündigt, eine Normenkontrollklage am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anzustrengen. Liest unser neuer Finanzminister eigentlich keine Zeitung? Denn eigentlich müsste die Entscheidung des

Hessischen Staatsgerichtshofs zum Sondervermögen doch auch nach Berlin durchdrungen sein. Das Urteil ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Hessische Landesregierung. Zwar „unterhält“ der Bund bereits längst selbst eine ganze Reihe von Schattenhaushalten, z. B. den Energie- und Klimafonds oder die Asylrücklage. Aber ich hatte gehofft, dass das aktuelle Urteil abschreckend auf die Gelüste nach weiteren Schattenhaushalten wirkt. Erfolg zeichnet sich in der Regel dadurch aus, dass man einen Fehler nun ein einziges Mal macht.

Aber nicht nur hier befindet sich die neue Bundesregierung auf Abwegen. Laut Koalitionsvertrag soll die Europäische Union zu einem föderalen europäischen Bundesstaat weiterentwickelt werden. Diese Zielvorgabe verkennt die vorherrschende Skepsis zur weiteren Souveränitäts- und Kompetenzverlagerung in zahlreichen Mitgliedstaaten. Wie Sie wissen, teile ich diese Skepsis. Ein Bundesstaat auf EU-Ebene würde die Aushebelung nationalstaatlicher Souveränität und das Ende der derzeitigen EU bedeuten.

In fiskalpolitischen Fragen will sich die Ampelkoalition aufgrund unterschiedlicher Grundsatzpositionen nicht festlegen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll dahingehend weiterentwickelt werden, dass er für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen sorgen soll. Mit dieser Aufweichung des Pakts werden hier neue Ausnahmen für grüne Investitionen gefordert. Es fehlt ein klares Bekenntnis zum Vollzug und dem Zeitpunkt zur Wiedereinsetzung der Regeln. Vorschläge, wie die Mitgliedstaaten von den

historischen Staatsschuldenständen herunterkommen sollen, sucht man vergeblich. Vielmehr wird eine neue Investitionsinitiative für grenzüberschreitende europäische Projekte angekündigt. Mit diesem Vorschlag wollen die Ampel-Parteien Frankreich entgegenkommen, das für die Verstärkung des Wiederaufbauinstruments Next Generation EU (NGEU) wirbt. Scholz hatte schon im Frühjahr schelmisch grinsend im Bundestag frohlockt, dass die SPD die Transferunion vollenden möchte. Jetzt steht uns wohl auf europäischer Ebene so etwas wie ein Länderfinanzausgleich bevor. Ich habe genau das kommen sehen und mich deshalb damals schon entschieden gegen dieses 750 Milliarden Euro schwere Instrument ausgesprochen – und entsprechend dagegen gestimmt.

In der Migrationspolitik zeigt sich die Handschrift der Grünen überdeutlich: Statt effektivem Schutz unserer Außengrenzen soll Frontex die staatliche Seenotrettung koordinieren. Das ist nichts anderes als staatliche Schlepperei. Wir wissen doch aus eigener leidlicher Erfahrung, wie zäh die Verhandlungen mit den Herkunftsstaaten in den letzten Jahren waren. Die Ampel preist nun Vereinbarungen mit Herkunftsländern als Allheilmittel an und legt gleichzeitig ohne Not fest, dass es kein Junktim von Zusammenarbeit in Rückkehrfragen und Entwicklungszusammenarbeit geben dürfe.

Im Falle von Belarus haben wir gesehen, dass wir uns nicht erpressen lassen dürfen und dass in der Migrationspolitik eine klare Sprache gesprochen werden muss. Für viele Staaten ist es auch über-

aus unattraktiv, Staatsbürger wieder aufzunehmen. Rücküberweisungen aus der EU und vor allem aus Deutschland sind für die Herkunftsstaaten in manchen Fällen eine äußerst lukrative Geldquelle.

Geradezu unerträglich finde ich die gesellschaftlichen Veränderungen, die von der neuen Bundesregierung angegangen werden. Unter der Überschrift „reproduktive Selbstbestimmung“ wird im Koalitionsvertrag festgelegt, dass das Werbeverbot für Abtreibungen in § 219a StGB gestrichen werden soll. Zudem soll eine Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin eingesetzt werden, die Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches sowie Möglichkeiten zur Legalisierung der Eizellspende und der altruistischen Leihmutterchaft prüfen soll. Damit gibt die Ampel-Koalition mit ihren Vorstellungen zur Regelung des Schwangerschaftsabbruches einen gesellschaftlichen Konsens auf, um den lange Jahre gerungen wurde und der den Konflikt zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und dem Schutz des ungeborenen Lebens ausgeglichen und befriedet hat. Die Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen nach § 219a Strafgesetzbuch ist ein falsches Verständnis von „Fortschritt wagen“ und „Freiheit“. Da wird dann zukünftig - wie heute bei kosmetischer Leberfleckentfernung oder Brustvergrößerung - für die „beste oder billigste Abtreibung der Stadt“ in Bild, Ton und Schrift die Trommel gerührt werden. Die Überlegungen, die derzeitige Fristenlösung des § 218a aus dem Strafgesetzbuch zu tilgen, stehen im Hin-

blick auf den verfassungsrechtlich zwingenden Schutz des ungeborenen Lebens auf tönernen Füßen.

Auch im Familien- und Personenstandsrecht plant die Ampel-Koalition einen als „Fortschritt“ bezeichneten sehr weit reichenden gesellschaftlichen Umbau, der für uns von der Union inakzeptabel ist. Dieser fängt an beim Elternschaftsrecht, einer Öffnung des „kleinen Sorgerechts“ für bis zu vier Elternteile und der Auflösung des tradierten Verständnisses von Mutter- und Vaterschaft und endet in einer als „Verantwortungsgemeinschaft“ codierten Vielehe ohne Mengengrenzung. Des Weiteren soll das Transsexuellenrecht dergestalt abgeschafft werden, dass künftig die Selbsterklärung gegenüber dem Standesamt den Geschlechtseintrag bestimmt.

Ein falsches Modernitätsverständnis liegt auch der geplanten Legalisierung von Cannabis zu Grunde. Wir haben aus Gründen des Gesundheitsschutzes eine Legalisierung der Verwendung, Herstellung, Export/Import von Drogen inklusive Cannabis immer abgelehnt. Die Gesundheitsgefahren dieser Droge sind medizinisch erwiesen, insbesondere bei Jugendlichen und Heranwachsenden. So zeigt die Forschung, dass ein regelmäßiger und häufiger Cannabiskonsum die Hirnleistung und das Gedächtnis verschlechtern kann. Abhängig vom Konsumverhalten zeigen sich zum Teil erhebliche Beeinträchtigungen bei Lern- und Erinnerungsleistung, sowie anderen kognitiven Fähigkeiten wie Aufmerksamkeit und Denkleistung. Cannabis ist ein Risikofaktor für schwere psychische Erkrankungen, vor allem Psychosen. Unter

Cannabis treten häufiger zum ersten Mal manisch-depressive Symptome auf, wie sie bei bipolaren Störungen beobachtet werden. Das Risiko hierfür ist dreimal so hoch wie bei Nichtkonsumenten. Cannabis erhöht das Risiko für Angststörungen und Depressionen. Ein chronischer Cannabiskonsum erhöht das Risiko für Atemwegserkrankungen.

Im Gegensatz zu Alkoholkonsum und viel stärker als beim Rauchen von Tabakwaren belästigen Kiffer auch ihr (un)mittelbares Umfeld. Den Haschischgestank riecht man sprichwörtlich zehn Meter gegen den Wind. Schon schlimm genug, wenn im Park rumgegammelt und auf Recht und Gesetz gepfiffen wird. Sollen wir jetzt wirklich auch im Café oder im Biergarten in einer Haschischwolke sitzen? Und wie wollen wir unseren Kindern noch glaubhaft erklären, von dem Zeug die Finger zu lassen. Ein Verbot hat immer auch eine präventive Wirkung. Wir haben bereits mit dem Missbrauch legaler, in Deutschland traditionell akzeptierter Genussmittel – Alkohol und Nikotin – genug Probleme. Wir sollten uns nicht unnötig weitere ins Haus holen.

Weniger progressiv als erhofft ist die links-gelbe Bundesregierung hingegen bei einem Thema, für das ich mich in den letzten Jahren ganz besonders eingesetzt habe: Bürokratieabbau. Die Aussagen hierzu sind im Koalitionsvertrag mehr als vage. Wir hatten uns vor der Wahl für eine „one in, two out“-Regel ausgesprochen. Das hätte einen wirklichen Bürokratieabbau bedeutet. Aber wenn es nur ein unambitioniertes Programm wäre! Ohne Not schleift die Koalition noch ihr

schärfstes Schwert: der Normenkontrollrat soll aus dem Bundeskanzleramt ins Justizministerium ausgelagert werden!

Nachdem die Union 2005 nach sieben Jahren Opposition das Bundeskanzleramt zurückerobert hatte, legten wir ein Jahr später in der Regierung mit dem Programm "Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung" erstmals ein umfassendes Gesamtkonzept zum Abbau von unnötiger Bürokratie vor. Direkt im Bundeskanzleramt wurde konsequenterweise ein Staatsminister als Beauftragter für Bürokratieabbau der Bundesregierung berufen. Zuletzt war dies mein Kollege Hendrik Hoppenstedt. Wir haben in den letzten Jahren drei Bürokratieentlastungsgesetze aufgelegt. Für das BEG 3 war ich als Berichterstatter originär zuständig.

Der Normenkontrollrat wurde im Herbst 2006 als unabhängiges Gremium im Kanzleramt eingerichtet. Der NKR nimmt seitdem die Rolle eines kritischen Mahners und Begleiters der Politik ein. Er überprüft, ob die veranschlagten Bürokratiekosten bei neuen Vorhaben von den Ministerien plausibel berechnet wurden. Allein dieses Nachrechnen wirkt schon disziplinierend auf die Gelüste, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger mit Bürokratie zu belasten. Der NKR weist zurecht darauf hin, dass er damit zu einem Kulturwandel beigetragen hat.

Aber nicht nur das. Der Normenkontrollrat setzt auch regelmäßig eigene Impulse. So hat der NKR nach der Bundestagswahl das Gutachten "Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren." Vorge stellt. Dieses Gutachten war mit eine

Initialzündung für das Register über Unternehmensbasisdaten, das wir noch zum Ende der Legislaturperiode beim Statistischen Bundesamt als Registerbehörde errichtet haben.

Und genau dieser Normenkontrollrat fliegt jetzt aus dem Bundeskanzleramt raus und wird im Bundesministerium der Justiz versenkt. Deutlicher kann man seine Missachtung gegenüber einem Thema nicht zum Ausdruck bringen.

## IMPFKAMPAGNE

Die SPD behauptet via Gesundheitsminister Karl Lauterbach, man hätte durch „Inventur“ herausgefunden, dass zu wenig Impfstoff für die Booster-Kampagne zur Verfügung stünde. Ein Blick auf die Fakten zeigt, dass das ein durchsichtiges politisches Manöver ist, um die SPD von der Großen Koalition abzusetzen und mit einer Kampagne gegen die Union zu starten.

Karl Lauterbach ruft Feuer, um dann Feuerwehr zu spielen – obwohl er weiß, dass es gar nicht brennt. Das möchte ich der links-gelben Regierung nicht durchgehen lassen. Daher hier eine Übersicht: Bund und Länder haben Mitte November in einer MPK vereinbart, die Booster-Kampagne zu beschleunigen. Seitdem werden in Deutschland so viele Menschen geimpft wie seit Beginn der Impfkampagne vor einem Jahr nicht. Kein anderes Land der Welt impft aktuell mehr Menschen als Deutschland. Das allerdings ist kein Verdienst von Karl Lauterbach, die Grundlage dafür wurde vorher gelegt – als Lauterbach noch landauf, landab durch die Talkshows tingelte.

Allein mit den bereits erfolgten und den noch geplanten Impfstoff-Lieferungen für Dezember stehen für die Booster-Kampagne also über 10 Mio. Dosen BioNTech und 40 Mio. Booster-Dosen Moderna bis zum Jahresende zur Verfügung. Mithin also genug Impfstoff, um den 34 Millionen geimpften Erwachsenen, für die eine Booster-Impfung noch aussteht, kurzfristig ein entsprechendes Angebot machen zu können – völlig unabhängig davon, wann die Zweitimpfung verabreicht wurde.

Dies gilt unabhängig von der Frage, wie viel Impfstoff im ersten Quartal 2022 geliefert wird. Dies sind nach aktuellem Stand bereits über 16 Mio. Dosen an mRNA-Impfstoff pro Monat. Mithin auch hier genug, um bei gut 12 Millionen umgeimpften Erwachsenen in Deutschland notwendige Erst- und Zweitimpfungen durchführen zu können.

Zudem sehen die bereits geschlossenen Verträge auf EU-Ebene vor, dass die festgelegte Liefermenge von rd. 80 Mio. Dosen BioNTech durch das Ziehen einer vertraglich vereinbarten Option verdoppelt werden können. Demnach stünden auf Basis der bereits bestehenden Verträge rund 160 Mio. Dosen BioNTech im kommenden Jahr zur Verfügung. Das beinhaltet auch an Varianten angepasste Impfstoffe. Diese Optionen wurden genau für die Fälle in die Verträge aufgenommen, in denen sich die Situation, etwa durch eine Variante, drastisch verändert.

Aber eines will ich hier auch wegen Nachfragen klarstellen: eine allgemeine Impfpflicht lehne ich derzeit ab. Es gibt viele gute Gründe, sich impfen zu lassen; ich

selbst habe nach Ablauf von sechs Monaten meine Booster-Impfung empfangen. Eine allgemeine Pflicht dazu, ist etwas anderes. Wir haben den Menschen immer gesagt, dass wir gegen eine allgemeine Impfpflicht sind. Daran sollten wir uns nun auch halten. Zu Beginn der Pandemie hätte ich - wie auch schon bei Märsen - keine ernsthaften Bedenken gegen eine Pflicht zur Impfung erhoben, halte aber angesichts der monatelangen Beteuerungen der politisch Verantwortlichen einen abrupten Kurswechsel für nicht vermittelbar und schwer praktisch vollziehbar. Die Impfpflicht für Pflegekräfte habe ich mitgetragen, da dieser Personenkreis verstärkten Kontakt zu schwerkranken und älteren Menschen hat, welche besonders durch das Virus bedroht sind.

## 2G-REGELUNGEN IN DER GASTRONOMIE

Der Bundestag hat sich in der Aktuellen Stunde mit Umsatzeinbußen durch 2G-Regelungen in Gastronomie und Einzelhandel beschäftigt. Hintergrund sind die Auflagen, auf die sich Bund und Länder Anfang Dezember auf ihrem Corona-Gipfel einigten, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Insgesamt ist der Schritt schlüssig, um das Infektionsgeschehen weiter einzudämmen und den Impfdruck zu erhöhen. Richtig ist aber auch, dass viele Unternehmen die 2G-Regelung sehr kritisch sehen, gerade die Gastronomiebranche ist noch immer weit entfernt von Umsätzen auf Vorkrisenniveau. Verpflichtendes 2G im Gastgewerbe ist somit ein erneuter schwerer

Schlag für die Betroffenen. Die neue Bundesregierung darf jetzt keinesfalls die Augen verschließen und riskieren, dass ein großer Bereich mit vielen Beschäftigten und viel Lebensqualität für uns alle - Facheinzelhandel, innerstädtisches Leben und Gastronomie - einfach den Bach heruntergeht. Das habe ich in meiner Rede anlässlich der Aktuellen Stunde deutlich klargestellt.

Wer sich meinen Redebeitrag angucken möchte, findet ihn hier: <https://dbtg.tv/cvid/7532871>.

## WEIHNACHTEN

Und schon wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu. Es waren aufreibende Wochen und Monate. Die Pandemie hält uns weiterhin in ihrem Bann. Da ich am vergangenen Freitag zwei Rotwarnungen auf der Corona-App hatte (Montag, 13.12. und Donnerstag, 16.12.), habe ich mich testen lassen. Mein am Sonntag vorgenommener PCR-Test war positiv, weshalb ich nun in häuslicher Quarantäne bin, zum Glück ohne irgendwelche Symptome. Und dennoch gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass wir sobald wie möglich zur Normalität zurückkehren werden. Verabschieden möchte ich mich auch in diesem Jahr traditionell mit ein paar besinnlichen Versen. Diesmal habe ich mir ein Gedicht von Theodor Fontane ausgesucht. Ich hoffe, Ihnen gefällt es ebenso wie meinen Mitarbeitern und mir.



## Zum 24. Dezember

Noch einmal ein Weihnachtsfest,  
Immer kleiner wird der Rest,  
Aber nehm ich so die Summe,  
Alles Grade, alles Krumme,  
Alles Falsche, alles Rechte,  
Alles Gute, alles Schlechte -  
Rechnet sich aus all dem Braus  
Doch ein richtig Leben heraus.  
Und dies können ist das Beste  
Wohl bei diesem Weihnachtsfeste.

Ihnen und Ihren Lieben wünsche ich ein  
paar schöne Weihnachtstage, Glück, Ge-  
sundheit und Gottes Segen. Kommen Sie  
gut ins neue Jahr!

Ihr



### **Weiterleitung des Briefes**

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst  
breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen  
Dank.

### **Aufnahme in den Verteiler**

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes auf-  
genommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose  
E-Mail an [klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de). Eine Löschung  
aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

### **Veröffentlichung**

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespoliti-  
schen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne  
aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

### **Archiv**

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen  
vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der  
Lektüre!

### **Facebook**

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer  
auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich  
einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>